

## Beschäftigungspolitik: Städte wollen Jobcenter übernehmen

**Dossier Große Städte wehren sich gegen die von der Bundesregierung geplante Aufspaltung der Jobcenter. So wollen Hamburg und Stuttgart Arbeitslose stattdessen lieber alleine betreuen - und reklamieren Spielraum dafür** von *Maike Rademaker* Berlin

Die beiden CDU-geführten Großstädte Hamburg und Stuttgart erklärten, sie wollten die Hartz-IV-Empfänger lieber selber betreuen, als der Bundesagentur für Arbeit Aufgaben zu überlassen.

Er appelliere dringend, großen Kommunen diese Möglichkeit einzuräumen, schrieb Hamburgs CDU-Wirtschaftssenator Axel Gedaschko an Arbeitsminister Franz Josef Jung (CDU).

**Mehr zum Thema**   **Ressourcen**

### **Koalitionsstreit** Wo Merkel schlichten muss

(<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:koalitionsstreit-wo-merkel-schlichten-muss/50022796.html>)

### **Arbeitsmarkt** Nach der Wahl droht Jobcenter-Chaos

(<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:arbeitsmarkt-nach-der-wahl-droht-jobcenter-chaos/550548.html>)

### **Reformen der Bundesregierung** Arbeitsagentur warnt vor mehr Hartz-IV-Empfängern

(<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:reformen-der-bundesregierung-arbeitsagentur-warnt-vor-mehr-hartz-iv-empfaengern/50031965.html>)

### **Hartz IV** Kinder verdienen mehr

(<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:hartz-iv-kinder-verdienen-mehr/50026156.html>)

Mehr zu: [Arbeitslosigkeit](#), [Bundesagentur für Arbeit](#)

Gedaschko fürchtet, dass mit der Trennung der Jobcenter in Agentur und Kommune Angebote für die Arbeitslosen verschwinden werden. Das bisherige breite Angebot an Förderung werde es bei einer Trennung nicht mehr geben: "Es gibt vieles, was die Bundesagentur nicht kann", sagte er der FTD.

Jung gerät damit bei der ohnehin komplizierten, aber verfassungsrechtlich notwendigen Reform unter Druck. Bislang dürfen nur 69 Kommunen (Optionskommunen), darunter fünf Städte, die Langzeitarbeitslosen allein betreuen. Sie können laut Koalitionsvertrag wie bisher weitermachen. Dagegen sollen die über 300 Arbeitsgemeinschaften, die von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit (BA) gemeinsam geführt werden, aufgespalten werden. Es geht um viel Geld - für die Verwaltung und Betreuung der rund sieben Millionen Hartz-IV-Empfänger wurden 2008 rund 42 Mrd. Euro ausgegeben.



Bundesarbeitsminister  
Franz-Josef Jung (CDU)

Die Trennung wäre mit mehr Bürokratie verbunden, die Zuständigkeiten würden strikt getrennt: Die Agenturen sollen für Geld, Vermittlung und Maßnahmen zuständig sein, die Kommunen für Miete und Sozialbetreuung wie Schuldenberatung. Das aber geht den Kommunen gegen den Strich. Die geplante Trennung führe zu Doppelarbeit, finanzieller Belastung und sei auch nicht kundenfreundlich, sagte der Sprecher der CDU-geführte Stadt Stuttgart, Markus Schubert. "Für Stuttgart ist die getrennte Trägerschaft ein Rückschritt." Man setze sich deswegen für mehr Optionskommunen ein. Auch in Frankfurt - ebenfalls CDU-regiert - ist man skeptisch. "Uns wäre es am liebsten gewesen, wenn die Arbeitsgemeinschaft im Grundgesetz verankert worden wäre", sagte die Sprecherin des Frankfurter Sozialdezernats, Manuela Skotnik. Nun wolle man die Vorschläge aus Berlin abwarten.

Jung hält sich zu dem Thema noch bedeckt, er will aber bis Ende des Jahres einen Mustervertrag für eine getrennte Betreuung vorlegen. Vor allem die BA, die die Trennung und damit den eigenen Machtzuwachs immer begrüßt hat, bereitet sich darauf schon intensiv vor. Denn die Zeit drängt: Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes muss bis Ende 2010 die verfassungswidrige Mischverwaltung neu aufgestellt sein. Jede Lösung muss umgesetzt werden, während gleichzeitig die Arbeitslosen betreut werden.

Die Städte fürchten, dass sie bei einer Trennung Einfluss auf die arbeitsmarktpolitische Gestaltung verlieren. Gedaschko kritisierte die "Fernsteuerung der BA aus Nürnberg" und forderte von seinem Parteikollegen Jung eine "ernsthafte Diskussion" über Optionsmöglichkeiten für Ballungszentren.

Es gibt allerdings noch eine weitere Lösung - eine Grundgesetzänderung, die die derzeitigen Arbeitsgemeinschaften legalisieren würde. Dafür haben sich unter Schwarz-Rot alle 16 Länderchefs ausgesprochen, die Umsetzung scheiterte im März jedoch am Veto der Unionsfraktion. Notwendig ist dazu eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat, also mit Stimmen von Union, FDP und SPD.

Staatssekretär Ralf Brauksiepe (CDU) hat nun im Portal Abgeordnetenwatch.de erklärt, die SPD sei dazu nicht bereit. Hubertus Heil, zuständiger SPD-Fraktionsvize, dementierte im "Spiegel": "Wir sind bereit, für eine sinnvolle Neuordnung die Verfassung zu ändern."

---

Aus der FTD vom 16.11.2009  
© 2009 Financial Times Deutschland

---